

Städtebund fordert mehr Geld für vorschulische Bildung

Utl.: Städte und Gemeinden leiden unter finanziellem Druck =

Wien (OTS) - "Die pädagogische Frühförderung von Kindern ist eine unbezahlbare Investition in die Zukunft. Sie hat unmittelbare Auswirkungen auf die emotionale Gesundheit, auf das soziale Verhalten und auf die Bildungsbiographie eines Menschen. Durch die vorschulische Bildung können zudem unterschiedliche Talente nicht nur früh erkannt sondern auch entsprechend gefördert werden", erklärte Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger am Donnerstag anlässlich des Symposiums "Verpflichtendes Vorschul- oder Kindergartenjahr: Rahmenbedingungen und Auswirkungen" im Wiener Rathaus.

Das Symposium wurde von der Kommunalwissenschaftlichen Gesellschaft (KWG), bestehend aus dem Österreichischen Städtebund, dem Österreichischen Gemeindebund und dem Manz Verlag veranstaltet. Im Mittelpunkt standen Themen wie die verfassungsrechtlichen Grundlagen des beitragsfreien Kindergartenjahres sowie dessen Auswirkungen auf den Finanzausgleich.

"Es ist besonders wichtig, die strukturellen Voraussetzungen für eine frühkindliche Förderung zu schaffen und eine umfassende Reform des österreichischen Bildungssystems durchzuführen, sowohl Bildungsinhalte und -methodik als auch die vorhandenen Strukturen sind derzeit nicht geeignet, den gegenwärtigen und den zukünftigen Anforderungen zu entsprechen," so Thomas Weninger weiter.

Utl.: Delegation von Bundesaufgaben

Es sei auch klar, dass die Finanzierung dieser "Investition in die Zukunft unserer Kinder" nicht vom Bund auf unsere Städte und Gemeinden verlagert werden kann. "Wir erleben zunehmend die schweigende Delegation von Bundesaufgaben auf die kommunale Ebene. Das wird die finanzielle Situation von Städten und Gemeinden massiv einschränken," sagte Karl Weber, Universitätsprofessor der Universität Innsbruck.

"Aus diesem Grund fordert der Österreichische Städtebund ein klares Bekenntnis des Bundes zur vorschulischen Bildung und die entsprechenden finanziellen Mittel dazu," so Weninger. Trotz aller

finanzieller Restriktionen haben mit Herbstbeginn die österreichischen Städte und Gemeinden einmal mehr bewiesen, dass sie die Herausforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung im 21. Jahrhundert meistern. Der Österreichische Städtebund trägt mit seinen Bemühungen zur Vernetzung und Zusammenarbeit der Städte und Gemeinden bei, um vor allem ein großes Ziel zu erreichen: Die Talente und Stärken unserer Kinder zu entdecken und adäquat zu fördern.

Zwtl.: Kommunalen Wissenschaftspreis verliehen

Im Zuge des Symposiums wurde der kommunale Wissenschaftspreis 2009 verliehen. Die Auszeichnung wird jährlich vergeben, um wissenschaftliche Publikationen auf dem Gebiet der Kommunalwissenschaften zu prämiieren. Dissertationen wurden heuer mit 2.000 Euro und Diplomarbeiten mit 1.000 Euro honoriert. Der kommunale Wissenschaftspreis 2009 ging an eine Preisträgerin und drei Preisträger:

Caroline Hartlieb, die ihre Dissertation zum Thema "Die Gemeinde im Verwaltungsverfahren. Parteistellung und Beschwerdelegitimation vor den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechts" eingereicht hat.

Florian Heiler, der seine Dissertation zum Thema "Wie kommt das Neue ins Land" geschrieben hat.

Johann Lefenda mit seiner Dissertation im Bereich der Politikwissenschaft zum Thema "'Bringing the Stadt back in' Stadtpolitik in Österreich".

Christian Hörbinger, der seine Diplomarbeit der TU Wien zum Thema "Wege einer Entwicklung historischer Stadtlandschaften. Rahmenbedingungen und Perspektiven in Berg, Heidelberg und Salzburg" verfasst hat.

Zwtl.: Informationen über den Österreichischen Städtebund

Etwa 65 Prozent der Bevölkerung und 71 Prozent der Arbeitsplätze befinden sich in Österreichs Ballungsräumen. Der Österreichische Städtebund ist die kommunale Interessenvertretung von insgesamt 250 Städten und größeren Gemeinden. Der Verein wurde am 24. September 1915 gegründet und hat heute neben Wien und den Landeshauptstädten praktisch alle Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern als Mitglied. Die kleinste Mitgliedsgemeinde zählt knapp 1.000 Einwohner.

Die Mitgliedschaft ist freiwillig, der Verein finanziert sich ausschließlich durch die Leistungen seiner Mitgliedsgemeinden. Neben dem Österreichischen Gemeindebund, der die kleineren Gemeinden vertritt, ist der Österreichische Städtebund Gesprächspartner für die Regierung auf Bundes- und Landesebene und in der österreichischen Bundesverfassung (Art. 115 Abs. 3) ausdrücklich erwähnt.

rk-Fotoservice: www.wien.gv.at/ma53/rkfoto/

(Schluss) stä

Rückfragehinweis:

~

PID-Rathauskorrespondenz:

www.wien.at/vtx/vtx-rk-xlink/

Mag. Silvia Stefan-Gromen

Mediensprecherin

Österreichischer Städtebund

Telefon 01 4000-89990

Mobil: 0676 8118 89990

E-Mail: silvia.stefan@staedtebund.gv.at

www.staedtebund.gv.at

~

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0088 2009-11-06/10:29

061029 Nov 09

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20091106_OTS0088